

Kirche in WDR 2 | 09.08.2014 05:55 Uhr | Stephan Kiepe-Fahrenholz

Hass gegen Fremde

Die Szene spielte in der Straßenbahn. Der junge Mann, der in Begleitung einer offensichtlich angetrunkenen Dame zustieg, war von Kopf bis Fuß wie eine Litfasssäule tätowiert, hielt eine halbleere Bierflasche in der Hand, drehte den Kopf und brüllte durch die sich schließende Tür: "In datt Volk sollt man doch gleich ne Bombe schmeißen. Datt Zigeunerpack sollen wir nu aunoch mit durchfüttern." Draußen stand eine Gruppe von Männern und Frauen, die nach Haarfarbe und bunter Kleidung wohl als Roma – vermutlich aus Bulgarien - zu identifizieren waren.

Die Szene spielte im Cafeteria-Bereich einer Bäckerei. Drei ältere Damen schlürften ihren Cappuccino. Draußen zogen drei jüngere mit dicken Bäuchen vorbei, nach Kopftuch und Tracht vermutlich als türkisch-stämmig zu identifizieren. "Getz guck dir datt an", hieß es bei den Kaffee-Damen, "die kommen schon schwanger hierher, um uns datt Kindergeld wegzu-fressen."

Zwei Szenen. Zwei billige Klischees? Könnte man meinen. Aber in meiner Heimatstadt Duisburg, wo von 480.000 Einwohnern nur 130.000 einen ordentlichen Arbeitsplatz haben, 160.000 mit einem sogenannten Migrationshintergrund gesegnet sind und allein in den letzten Jahren fast 15.000 EU-Bürger aus Rumänien und Bulgarien zugewandert sind, sind solche Klischees Alltag. Die Stadt an Rhein und Ruhr, die seit über hundert Jahren immer wieder Menschen aus aller Herren Länder als Arbeitskräfte gebraucht und als Zuwanderer in die Stadtgesellschaft aufgenommen hat, scheint mit ihrer Integrationskraft an Grenzen zu stoßen. 8 von 84 Ratsmitgliedern gehören seit der Kommunalwahl vom 25. Mai erstmals rechten oder sogar rechtsradikalen Parteien an. Die Wahlbeteiligung sank unter 40 Prozent. Das ist nicht die oft beschworene Parteienverdrossenheit. Das ist einfach Gleichgültigkeit, gespeist aus der Erfahrung, dass die Politik keine Lösungen weiß.

Das Problem sind natürlich nicht die Zuwanderer. Das Problem ist die soziale Verelendung einer Stadt, die mit ihren Strukturproblemen von Land und Bund schmachlich im Stich gelassen wird, und an der Konjunktur und Aufschwung vorbeigehen. Auf keinem Boden gedeihen Fremdenhass und Ausländerfeindlichkeit so gut wie auf diesem. Denn es nützt ja

nichts, dem erbosten jungen Mann in der Straßenbahn zu sagen, dass er doch selber zu den Durchgefütterten gehört. Und es nützt nichts, den drei Kaffee-Damen zu erklären, dass ohne türkisch-stämmige Steuer- und Sozialversicherungszahler ihre Rente deutlich niedriger läge. Sie werden es nicht glauben. Denn ihre feindselige Haltung hat nichts mit Vernunft oder Argumenten zu tun. Oder nützt es vielleicht doch etwas?

Was kann man tun? Mehr Geld, mehr Sprachförderung, mehr Kita-Plätze, alles richtig. Aber entscheidend für die gesellschaftliche Teilhabe ist immer, dass möglichst viele von ihrer Hände Arbeit leben können. Solange es damit hapert, bleibt nur der mühsame Weg der geduldigen kleinen Schritte. Menschen miteinander ins Gespräch bringen. Alltägliche Begegnungen schaffen. Und, auch wenn's schwer fällt, mit dem jungen Mann in der Bahn und den Rentnerinnen in der Cafeteria reden. Es wenigstens versuchen.